

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Drahtschreib
Tageblatt Rieser
Bernstr. 20.
Postfach 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Verlag:
Rieser Nr. 58

Nr. 33.

Sonnabend, 8. Februar 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger und der Verlegerin, die die Verantwortung für die Druckerei, die Verlegerin oder der Verlegerin übernehmen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftstele: Gertrudstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Um den Korridor.

Warschauer Brief.

Die politische Stimmung ist in Warschau durch den Abschluss des Vertrages mit Deutschland etwas gebessert, die Geschäftsstimmung ist wegen der ungeheuren Zahl der Konkurse und Wechselproteste sehr gedrückt. Es ist vielleicht gut, daß beides zusammenfällt, denn es regt hier zu Betrachtungen darüber an, ob der ganz schlimmen wirtschaftlichen Lage nicht durch ein besseres politisches Verhältnis zu Deutschland abgeholfen werden könnte. Man wird in den nächsten Tagen die zehnjährige Zugehörigkeit des Korridors zu Polen feiern, man wird sie mit großen Feiern feiern und wohl nicht sparen mit der Versicherung, daß es sich um eine unumkehrliche ewige Zugehörigkeit handelt. Nun gibt es ja keinen Polen, der heute anders denkt, und in Deutschland sollte man sich auch keine leichtfertigen Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung der Grenzgebiete machen. Man muß ja in Deutschland immer im Auge behalten, daß jede Veränderung der Grenzgebiete im Osten vom guten Willen Frankreichs abhängt und daß die Verständigung über den Korridor in Paris erfolgen müßte. Die Frage, ob es ein Diktando gibt, ist ja, was man in Deutschland auch nicht vergessen sollte, materiell durch den Kellogg-Vertrag entschieden, dessen Respektierung gerade im Falle Deutschland-Polen von der ganzen Welt verlangt werden würde.

Aber es gibt doch Kluge Polen, die sich fragen, ob man nicht alle Vorteile des Korridors haben könnte, ohne sich mit der politischen und wirtschaftlichen Verbitterung belasten zu müssen, die die heutige verrückte Grenzgestaltung in Deutschland hervorruft. Man findet diese Randgebirge in Warschau und Polen. Sie dürfen sich in der Öffentlichkeit nicht äußern, sie sind auch im Gespräch zurückhaltend. Sie betonen vor allem, daß nie von einer Veränderung der politischen Grenzen die Rede sein könne, daß die Grenzgestaltung von Versailles „unwiderruflich“ sei — aber es gäbe doch Möglichkeiten, die Nachteile dieser Grenzgestaltung einigermaßen auszugleichen. Selbstverständlich dürfe Polen nicht in seinem freien ungestörten Zugang zum Meer gehindert werden. Da kann man ihnen als Deutscher nur versichern, daß Deutschland in keinem Falle daran dachte, Deutschland muß sich ja immer daran erinnern, wie verberlich es für Österreich-Ungarn geworden ist, daß es durch die Serben jeden Zugang zum Meer, jedes Freischaufgebiet an der Adria verweigert hat. Der Hafen Widin ist heute für Polen eine Lebensnotwendigkeit geworden. Danzig und Gdingen müssen sich miteinander abfinden wie sich Rotterdam und Antwerpen, Triest und Venedig miteinander abfinden müssen.

An was aber denken nun diese Polen? Kurz gesagt: an ein neutralisiertes Wirtschaftsgebiet, das den unteren Korridor umfassen soll und wo polnische und deutsche Eisenbahnen sich kreuzen sollten. Ein solches Gebiet, das nicht sehr groß zu sein braucht, könnte einer aus Polen und Deutschen gemischten Kommission unter dem Vorsitz eines Neutralen unterstellt werden. Es würde einen Pufferstaat bilden, müßte natürlich entmilitarisiert werden, staatlich zwar zu Polen gehören, wirtschaftlich und im Verkehrswesen aber ein für beide Länder gleichmäßig zugängliches Gebiet sein. „Der Völkerbund“, sagen die polnischen Freunde des Gedankens, „braucht sich nicht hineinzumischen. Polen und Deutschland könnten das unter sich arrangieren, vielleicht zunächst für eine Frist von zehn Jahren. Wird der Vertrag nicht zwei Jahre vor dem Ablauf gekündigt, so läuft er weiter und hoffentlich wird etwas Dauerndes daraus.“

Vielleicht könnte auf diese Weise den größten Nachteilen des Korridors abgeholfen werden. Er würde wenigstens nicht mehr einen Verkehrswürger zwischen Deutschland und Ostpreußen darstellen. Die Polen versprechen sich davon intensiveren Verkehr mit Deutschland. Manche haben noch weitergehende Ideen und fragen, warum man nicht durch freundliche Vereinbarung ein Freischaufgebiet in Hamburg bekommen könnte, wie es der Fischschiffahrt (allerdings auf Grund des Verfallens des Vertrages) eingeräumt worden ist. Dazu fehlt allerdings der internationalisierte große Strom, der von der Fischschiffahrt nach Hamburg fließt, die Elbe. Immerhin ist schon die von den Polen gegebene Anregung bemerkenswert und kann doch vielleicht, wenn sie von deutschen Kreisen aufgenommen wird, zu einer näheren Vereinbarung führen. Solche Anregungen wären übrigens unmöglich gewesen, bevor der neue Vertrag zwischen Polen und dem Deutschen Reich geschlossen wurde. Der harte polnische Nationalismus hat angefangen, sich etwas zu erweichen. Es wird Sache der deutschen Politik sein, die Situation auszunutzen.

Sagung der Deutschen Bauernschaft.

Berlin. Die Deutsche Bauernschaft hielt im Rahmen der Erntedankfesten ihre diesjährige Vertreterversammlung ab, bei der u. a. Geheimrat Herdow über das Thema „Was können wir von der amerikanischen Landwirtschaft lernen?“ und Ministerialrat Walder vom Reichsernährungsministerium über das Thema „Die Produktions- und Absatzbedingungen in der deutschen Landwirtschaft“ sprachen. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Reichsregierung gebeten wird, ihr Versprechen, die Böden auf alle Milchprodukte der Butterabfälle anzulegen, zu wahren, schon jetzt bei den deutsch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen zu erfüllen. Während weiter

Fehlbetrag und Steuerpläne.

Die Vorschläge des Reichsfinanzministers.

Verdoppelung des Biersteuervorschlags. — Erhöhung der Umsatzsteuer und des Kaffeezolls?

Berlin, 7. Februar. Nach der Besprechung, die Reichskanzler und Reichsfinanzminister gestern mittag mit den Parteiführern hatten, dürfte sich das Kabinett in seiner gestrigen Abend Sitzung ebenfalls noch mit den Fragen beschäftigt haben, die mit dem Reichshandelsrat und seiner Ausschussung zusammenhängen. Der Parteiführer hat der Reichsfinanzminister in längeren Ausführungen ein Bild der gegenwärtigen Finanzlage gegeben und ihnen gleichzeitig die Vorschläge unterbreitet, die das Reichsfinanzministerium zur Deckung des Defizits ausgearbeitet hat. Sie gehen von der Tatsache aus, daß trotz der 705 Millionen Währungsabgabe, die aus der Differenz zwischen dem Young- und dem Dawes-Plan in den Haushalt eingestellt worden sind, noch

ein Defizit von 700 Millionen

bleibt. Dieser Fehlbetrag ergibt sich aus einer Reihe von großen Posten, die das Reich für das Jahr 1930 außerordentlich belasten. Es handelt sich dabei um die 450 Mill. des im Dezember beschlossenen Schulden-Tilgungsfonds für die Kreuzer-Anleihe, 154 Millionen Defizit aus dem Jahr 1929, die nach dem Etatgesetz im nächsten Monat abgedeckt werden müssen, 250 Millionen für die Arbeitslosenfürsorge und 65 Millionen Ausgabeüberschüssen, die sich aus der Kassenführung, der der Bräunung und verschiedenen kleineren Posten des Nachtragsetats zusammensetzen. Dazu kommt noch ein Windertrag an Steuern, der für das kommende Etatjahr auf 23 Millionen berechnet ist, und ein Windertrag der Reichspost von sieben Millionen, zusammen also 290 Millionen.

Eine besondere Gefahr für den neuen Haushalt liegt noch in der Unsicherheit, die über der Kassenführung schwebt. Man muß nämlich unter Umständen damit rechnen, daß die Zahl der Unterfüßen zunächst noch weiter zunimmt. Deshalb ist im Reichsfinanzministerium der Plan erwogen worden, die Arbeitslosenfürsorge überhaupt aus dem Etat herauszunehmen, wenn nicht ganz, so doch bis auf einen Betrag von vielleicht 50 Millionen, und den größeren Teil der Fürsorge den Gemeinden zu übertragen. Von anderer Seite bestand die Ansicht, die Beiträge auf 4 Proz. zu erhöhen, so daß nur noch ein Fehlbetrag von 80 Mill. übrig bleibt. Das Reichsfinanzministerium hat aber diesem Projekt seine Zustimmung verweigert und zwar einmal, weil auch für die 80 Millionen keine Deckung vorhanden ist und der Wirtschaft in diesem kritischen Stadium die neue Belastung der Beitragsberechnung nicht zugemutet werden kann. Es hat deshalb bekanntlich einen anderen Vorschlag gemacht: die 200 Millionen, die in diesem Jahre notwendig sind, durch die Reichsanstaltenversicherung und die Invalidenversicherung herzugeben zu lassen, da beide Anstalten mit Ueberschüssen arbeiten, die sie im Augenblick nicht brauchen. Dieses Projekt sieht einen Rückzahlungsplan nach Jahresraten und die gesetzliche Sicherung des Kredites vor, eventuell durch Herabgabe von Reichsbankvorszugsaktien. Wird es verwirklicht, so bleibt noch ein Fehlbetrag von 350

Millionen zu decken. Hierfür kommen nur neue Steuern in Betracht.

Der Reichsfinanzminister hat den Parteiführern zwei Pläne entwickelt, der erste umfaßt die Erhöhung der Biersteuer um 180 Millionen. Das ist der Vorschlag vom vorigen Jahr, der den Reichsrat bereits passiert hat und dem unabhängigen Reichsausschuss vorliegt, also ohne weiteres parlamentarisch weitergeführt werden könnte. Dazu müßte eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent treten. Sie würde für das Reich 190 Millionen und für die Länder 80 Millionen ergeben, so daß auch die Länder, wenigstens zum Teil, saniert würden. Die Bedenken gegen dieses Projekt riefen sich vor allem gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, weil sie sich wieder auf das Preisniveau ausdrücken dürfte. Deshalb ist der zweite Plan ausgearbeitet worden. Er projektiert eine

Verdoppelung des Biersteuervorschlags,

so daß sie statt 180 theoretisch 360 Millionen bringen würde. Dabei muß man allerdings mit einem gewissen Rückgang des Konsums rechnen. In diesem Zusammenhang ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht angesichts der Verminderung der Differenz zwischen Bier- und Weizenpreisen, die durch die Steuer eintreten würde, die Wiedereinführung der Weinsteuer berechtigt sein würde. Dieser Gedanke ist aber mit Rücksicht auf die besondere Rolle der Weizen und auf starke politische Widerstände fallen gelassen worden. Dafür sucht der Vorschlag des Reichsfinanzministers den Steuerausfall, der mit dem Rückgang des Konsums eintritt, durch eine Erhöhung des Kaffeezolls auszugleichen, die mit 50 Millionen veranschlagt ist.

Es ist wohl verständlich, daß diese Vorschläge in der Parteiführerbesprechung keineswegs große Begeisterung auslösten. Ihnen wurden von anderer Seite auch Vorschläge zu einer Erhöhung der direkten Steuern entgegengebracht, die der Reichsfinanzminister aber unter keinen Umständen für annehmbar hält, weil eine Belastung der allgemeinen Wirtschaft ihm einfach untragbar erscheint. Obensowenig kommt der Gedanke einer Herabsetzung der Beamtengehälter in Frage. In der Presse ist ja bereits eine Verminderung um fünf Prozent besprochen worden. Sie würde, auf Reich, Länder und Gemeinden erstreckt, annähernd 300 Millionen ergeben, wird aber aus sozialen und politischen Gründen als vollkommen unmöglich bezeichnet.

In welcher Form die Steuerpläne des Finanzministeriums verwirklicht werden, das hängt von den Besprechungen mit den Etat- und Finanzreferenten der Fraktionen ab, die bekanntlich in den nächsten Tagen beginnen. Im Reichsfinanzministerium sieht man jedenfalls auf dem Standpunkt, daß unter allen Umständen im ersten Jahr des Youngplans ein wirklich ausgeglichener Etat zu Stande gebracht werden muß. Man rechnet bestimmt damit, daß der darauffolgende nächste Etat verhältnismäßig starke Erleichterungen bringen wird, zumal die Wirtschaftskrise bis dahin überwunden sein dürfte.

die Entschleunigung energische Förderung aller Maßnahmen empfiehlt, die geeignet sind, den Roggenverbrauch im Ausland zu heben, erhebt sie Bedenken gegen eine weitere, über das heutige Einbuhrschonkostem hinausgehende Verdünnung des Ansbuhrroggens aus öffentlichen Mitteln, da dadurch die Auslandskonkurrenz in landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten künstlich hochgezogen werde. Schließlich wird es als notwendig bezeichnet, den eingehenden Körperkassen des Reiches mit größter Beschleunigung einen Dauerpachtvertrag vorzulegen.

Das Dreimächte-Abkommen gesichert.

Frankreich verstimmt.

London. (Telunion.) Das am Freitag spät nachmittags veröffentlichte britische Memorandum, das die in französischen Kreisen über den amerikanischen Vorschlag bestehende Verstimmung noch verstärkt. Auf Grund des neuen englischen Vorschlags ist völlig klar, daß zwischen England und den Vereinigten Staaten vollkommene Übereinstimmung besteht, während in Bezug auf Japan noch einige Schwierigkeiten vorhanden sind. Trotzdem ist ein Dreimächte-Abkommen nicht mehr ernstlich gefährdet und dieses Abkommen wird auf einer sehr erheblichen unter den Bedingungen des Washingtoner Vertrages liegenden Grundlage erreicht werden können. Die Aussichten für ein fünfjähriges Abkommen haben sich entsprechend verbessert.

Die Stellung Frankreichs ist zum ersten Mal seit Beginn der Flottenkonferenz schwierig geworden. Frankreich ist nicht länger die führende Macht der Konferenz.

Freispruch im Scherwenzel-Fälscher-Prozess.

Berlin. (Funkpruch.) Im Scherwenzel-Fälscher-Prozess verhandelte heute vormittag der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Wartenderberger folgendes Urteil: Die Angeklagten Dr. Becker, Böhle und Schmitt werden freigesprochen. Das Verfahren wird auf Grund der Unrichtigkeit der übrigen Angeklagten eingestellt. Der Haftbefehl gegen Sabathier wird aufgehoben. Das Reichsgeld und alles dazugehörige wird eingezogen. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Das Problem Schacht.

Das Problem Schacht mag ein Problem menschlicher Unzulänglichkeit sein, es ist in erster Linie — und dies ist in einem Land, dessen politisches Leben von Unzulänglichkeiten beherrscht wird, wohl das Entscheidende — ein Problem der politischen Dynamik Deutschlands. Es gibt kein Verfassungsproblem der Reichsbank, sobald Deutschland eine Regierung mit Autorität und geordnete Finanzen hat. Zu dieser originellen Auffassung kommt Gustav Stolper im neuesten Heft seines „Deutschen Volkswirts“. Man wird ihr durchaus beipflichten können, doch im gleichen Atemzug die Problematik der Autorität der Reichsregierung und die noch größere Problematik unserer Reichsfinanzen herausstellen müssen. Sind endlich unsere Reichsfinanzen wieder in Ordnung und entschließen sich die Koalitionsparteien des Reichs endlich zu einer festeren Bindung und zu einer Gesamtpolitik auf lange Sicht, dann wird auch die Autorität der Reichsregierung konsolidiert werden. Die Erfüllung dieser Postulate ist geradezu eine Forderung der Staatstraktion.